



Regierung **NEU** –
zurück an den **START?**

Wahl 2008

Regierung NEU – zurück an den START?

Foto: Andy Wenzel



Die Wahl ist geschlagen. Die neue Regierung steht. Und in Sachen Partnerschaften scheint es als ginge alles wieder zurück an den Start. Wie bei „Mensch ärgere Dich nicht“.



Im Regierungsprogramm der neuen alten Koalition steht zu gleichgeschlechtlich l(i)ebenden Menschen ein einziger Satz:

„Zur Schaffung eines Partnerschaftsgesetzes zur rechtlichen Absicherung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften wird eine Arbeitsgruppe (BMJ, BMI, BM Frauen) eingesetzt, die die weitere Vorgangsweise im Detail festlegt.“

Bereits die vorige Bundesregierung hatte jedoch eine Arbeitsgruppe zu dem Thema eingerichtet. Deren Ergebnisse wurden nicht nur weitgehend ignoriert sondern das von SP-Justizministerin Berger vorgeschlagene Rumpfgesetz (mit zahlreichen Abweichungen zur Ehe) ohne die steuer-, dienst-, sozial- und fremdenrechtlichen Gleich-

stellung sogar auch noch als Ergebnis dieser Arbeitsgruppe ausgegeben.

Was soll jetzt wiederum eine neue Arbeitsgruppe? Das gleiche Thema wiederkauen, damit die Arbeitsgruppe dann wieder propagandistisch missbraucht wird? Sollte das so gemeint sein, so spielen wir sicher nicht mit.

Etwas anderes ist es, wenn die neue Arbeitsgruppe dazu dient, den missglückten Entwurf aus der letzten Legislaturperiode anhand der Einwände im Begutachtungsverfahren zu überarbeiteten. Wir werden sehen.

Im Schneckentempo richtung Gleichbehandlung

Inzwischen bewegt sich die ÖVP, wie die Grünen zutreffend vermerkten, im Schneckentempo in Richtung Gleichbehandlung. Laut dem neuen VP-Generalsekretär soll die Partnerschaft nun doch (wie dies der damalige Parteiboss Molterer vor über einem Jahre bereits als beschlossene Sache verkündete) am Standesamt eingetragen werden. Allerdings, eine Restdiskriminierung müsse (neben dem Adoptionsverbot) bleiben: keine Zereemonie. ●

INTERNATIONAL

ECSOL tagte in Wien

● Vom 31. Oktober bis 2. November tagte in Wien die European Commission on Sexual Orientation Law (ECSOL).

Im Zuge dieses vom RKL ausgerichteten Treffens wurde auch ein Workshop zur Judikatur des EuGH im Rahmen der zeitgleich stattfindenden ILGA-Europa-Konferenz ausgerichtet. Dr. Mia Witmann-Tiwald, Richterin des Oberlandesgerichtes Wien, bereicherte die Tagung durch eine souveräne und hochinteressante Führung durch den Justizpalast. ECSOL ist ein Netzwerk führender lesbischer JuristInnen mit je einem Mitglied pro Land. ECSOL betreibt Lobbying auf europäischer Ebene, betreut Musterfälle vor dem europäischen Höchstgerichten und nimmt rechtliche Analysen vor. Das österreichische Mitglied ist (seit der Gründung von ECSOL) RKL-Präsident Dr. Helmut Graupner.



ERFOLG

Molterer hebt Porno-Erlass auf

● Im September zeigte das RKL auf, dass Finanzminister Molterer in einem rechtswidrigen Erlass die Zollbehörden angewiesen hat, gleichgeschlechtliche Pornographie zu beschlagnahmen. Bereits einige Wochen danach hat Finanzminister Molterer den Erlass aufgehoben.



TRANSSEXUELLE

Verfassungsgerichtshof hebt Operationszwang nicht auf

● Wie soeben bekannt wurde hat der Verfassungsgerichtshof kürzlich beschlossen, den Operationszwang für transsexuelle Menschen nicht aufzuheben. Das Rechtskomitee LAMBDA (RKL), Österreichs Bürgerrechtsorganisation für homo- und bisexuelle sowie transidente Frauen und Männer, zeigt sich enttäuscht und hofft nun auf den Verwaltungsgerichtshof.

Eine rechtliche Anerkennung im neuen Geschlecht gibt es, im Gegensatz zu anderen Ländern (wie Spanien, Großbritannien, Ungarn, Schweden und Finnland), für (Mann-zu-Frau-)Transsexuelle in Österreich nur dann, wenn sie ihre Genitalien entfernen lassen. Nicht alle transsexuellen Menschen können jedoch diesen Operationszwang erfüllen, sei es wegen ihres Alters, ihres Gesundheitszustandes oder ihrer sozialen Situation.

Der Operationszwang, also das Abhängigmachen des Geschlechtswechsels von einer genitalverändernden Operation ist heute überholt und nicht mehr Stand der Wissenschaft. Ja er wird im Gegenteil heute als Menschenrechtsverletzung angesehen. So sprechen die im November 2006 von führenden internationalen Menschenrechtsexpertinnen und -experten auf einer Konferenz im indonesischen Yogyakarta entwickelten Yogyakarta-Prinzipien eine klare Sprache: „Niemand darf, als Voraussetzung der rechtlichen Anerkennung der eigenen Geschlechtsidentität, zu medizinischen Verfahren, einschliesslich einer genitalverändernden Operation ..., gezwungen werden“ (<http://www.yogyakartaprinciples.org>).

In diesem Sinne verlangt auch der Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates vom 12. Dezember 2007,

dass die rechtliche Anerkennung des Geschlechtswechsels nicht von einer genitalverändernden Operation abhängig gemacht wird (<http://tinyurl.com/6nbnp> par. 57).

Auch das deutsche Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass der Operationszwang dem aktuellen Stand der Wissenschaft widerspricht: „Für eine unterschiedliche personenstandsrechtliche Behandlung von Transsexuellen mit und ohne Geschlechtsumwandlung sieht die Fachliteratur deshalb keine haltbaren Gründe mehr“ (BVerfG, 1 BvL 3/03 vom 6.12.2005, 25, 66).

Schließlich ist der Operationszwang auch deshalb diskriminierend, weil Frau-zu-Mann-Transsexuelle keine genitalverändernde Operation vornehmen müssen.

Ständige Bloßstellung oder Gefahr der Verelendung

Die Beschwerdeführerin vor dem Verfassungsgerichtshof wurde als Mann geboren und lebt, nach Hormontherapien und kosmetischen Massnahmen, bereits seit Jahren sozial integriert als Frau. Dennoch wird ihr die Annahme eines weiblichen Vornamens verwehrt und erhält sie keine Dokumente, die ihrem gelebten Geschlecht und ihrem äußeren Erscheinungsbild entsprechen. Das Vorzeigen aller für das Alltagsleben wichtigen Dokumente (wie Reisepass, Personalausweis, Meldezettel, Geburtsurkunde etc.) offenbaren ihre Transsexualität und zwingen sie regelmäßig zum (bloßstellenden und oft erniedrigenden) Outing. Die einzige Begründung für die Verweigerung eines weiblichen Vornamens und entsprechender Dokumente: sie hat sich keiner Operation zur Entfernung ihrer Genitalien unterzogen.

Eine genitalverändernde Operation kann die Antragstellerin jedoch nicht durchführen, weil der damit verbundene langdauernde Krankenstand bei ihrer leitenden Funktion in der Privatwirtschaft mit Sicherheit mit der Beendigung ihres Dienstverhältnisses verbunden wäre. Der Verlust des Arbeitsplatzes würde sie der Gefahr der sozialen Desintegration und Verelendung aussetzen.

Für die VerfassungsrichterInnen war all das kein Grund, eine Menschenrechtsverletzung zu erkennen. Sie lehnten die Behandlung der Beschwerden ab (VfGH 29.09.2008, B 411/08, B 412/08). „Wir hätten uns mehr erwartet, nachdem der Verfassungsgerichtshof vor zwei Jahren den Scheidungszwang gekippt hat“, sagt der Präsident des RKL und Rechtsanwalt der Beschwerdeführerin Dr. Helmut Graupner, „Doch der Kampf ist nicht zu Ende. Der Ball liegt nun beim Verwaltungsgerichtshof“.

HG Maxingstraße
22-24/4/9
A-1130 Wien

Telefon/Fax
+43(1) 876 6112
Mobiltelefon +43
(0)676/309 47 37

Dr. Helmut Graupner

Rechtsanwalt, Verteidiger in Strafsachen
auch zugelassen in der Tschechischen Republik

www.graupner.at
E-Mail: hg@graupner.at

Präsident Rechtskomitee LAMBDA, Co-Präsident der Öst. Gesellschaft für Sexuallforschung (ÖGS), Vice-President for Europe der International Lesbian and Gay Law Association (ILGLAW), Mitglied der European Commission on Sexual Orientation Law (ECSOL), Member of the World Association for Sexual Health (WAS).

In Kooperation mit Kanzleien in Amsterdam-Berlin-Bogotá-Genf-Jerusalem Kapstadt-London-Paris-Stockholm-Sydney-Toronto-Vancouver

LOGO / INTERNET GRAPHIKDESIGN

ARCHITEKTUR- PHOTOGRAPHIE

MICHAEL HIERNER
0676 / 36 67 232

www.hierner.info



American Discount
WORLD BOOKS, WORLD BOOKSTORES, WORLD SERVICE, BOOKS BY ORDER

4 bookshops
VIENNA AIRPORT TRANSIT
Gate A + Gate B + Gate C + Plaza

more bookshops

Jakominißtrasse 12
8010 Graz
T +43-316-832 324

Rechte Wienzeile 5
A 1040 Wien
T/F +43-1-587 57 72

Neubaugasse 39
A 1070 Wien
T +43-1-523 37 07



Seit 10 Jahren
Österreichs größter Gay-Chat



rainbow.at

JETZT ANMELDEN!

ILGLaw Conference 2009

● Los Angeles & West Hollywood, California, March 11-14, 2009

Featuring: → Michael Donald Kirby, High Court Justice, (Australia),
→ Jorge Saavedra López, General Director, CENSIDA (Mexico),
→ Eugenio Raúl Zaffaroni, Supreme Court Justice (Argentina)

Confirmed Participants: → Omar Banos, AIDS Project Los Angeles (California), → Lee Badgett, Professor of Economics, U. Mass.-Amherst/The Williams Institute (Massachusetts), → Andrés Duque, blab-beando.blogspot.com, Latino Commission on AIDS (New York), → David B. Cruz, Professor of Law, USC School of Law & President, ILGLaw (California), → Boris Dittrich, Advocacy Director, LBGT Rights Program, Human Rights Watch (New York), → Douglas Elliott, Partner, Roy Elliott O'Connor LLP, past-president ILGLaw (Toronto), → Paula Eitelbrick, Executive Director, International Gay and Lesbian Human Rights Commission (New York), → Gary J. Gates, Senior Research Fellow, The Williams Institute (California), → Helmut Graupner, JD, Attorney at Law, director ILGLaw, president Rechtskomitee LAMBDA (Austria), → Aeyal M. Gross, Professor of Law, Tel-Aviv University Faculty of Law & Vice President, ILGLaw (Israel), → John Heilman, West Hollywood City Councilmember (California), → Nan Hunter, Professor of Law, Georgetown Law/ The Williams Institute (Washington D.C.), → Tamara Adrián Hernández, Professor of Law, University of Caracas, director ILGLaw (Venezuela), → Holning Lau, Associate Professor of Law, Hofstra (New York), → Karon Monaghan, JD, Attorney at Law, director ILGLaw (UK), → Andrew Park, Senior

RKL Rechtsberatung
durch qualifizierte JuristInnen
jeden Donnerstag
19.00-20.00

in der Beratungsstelle Courage,
Windmühlg. 15/1/7, 1060 Wien

Voranmeldung: 01/585 69 66
kostenlos – anonym

Philanthropic Advisor, Well-spring Advisors (New York), → Germán Rincón Perfetti, JD, Attorney at Law, director ILGLaw (Columbia), → Darren Rosenblum, Associate Professor of Law, Pace Law School (New York), → Clifford J. Rosky, Associate Professor, University of Utah S.J. Quinney College of Law (Utah), → Robert Wintemute, Professor of Human Rights Law, Kings College London (UK), → Evan Wolfson, Executive Director, Freedom to Marry (New York), → Douglas Sanders (Thailand), → Saúl Sarabia, Lecture and Director of Critical Race Studies Program, UCLA School of Law (California), → Brad Sears, Executive Director, The Williams Institute (California), → Lara Stemple, Director of Graduate Studies, UCLA School of Law (California), → Monica Taher, Azteca America (California), → Kees Waaldijk, Faculty of Law, Leiden University (The Netherlands).

Register now! www.ILGLaw.org
(higher registration fee after 1st of January 2009) ●

International Lesbian and
Gay Law Association



Das RKL Kuratorium

→ Univ.-Prof. Dr. **Josef Christian Aigner**, Institut für Erziehungswissenschaften, Univ. Innsbruck;
→ Abg. z. NR a.D. Mag. **Thomas Barmüller**, Lib. Forum;
→ Univ.-Prof. Dr. **Nikolaus Benke**, Legal Gender Studies, Univ. Wien; → LAbg. a.D. Univ. Prof. Dr. **Christian Brünner**, Prof. f. Staats- u. Verwaltungsrecht, Univ. Graz → Dr. **Erik Buxbaum**, Generaldir. f.d. öff. Sicherheit; → BM a.D. NRBg. Dr. **Caspar Einem**, SPÖ; → Univ.-Prof. Dr. **Max Friedrich**, Vorstand der Univ.-Klinik für Neuropsychiatrie des Kindes- u. Jugendalters, AKH Wien; → Univ.-Prof. Dr. **Bernd Christian Funk**, Inst. für Staats- und Verwaltungsrecht, Univ. Wien; stv. Vors. Menschenrechtsbeirat BMI → Mag. **Karin Gastingner**, BM für Justiz a.D.; → Dr. **Marion Gebhart**, Kinder- u. Jugendanwältin d. Stadt Wien a.D.; → Dr. **Alfred Gusenbauer**, Alt-Bundeskanzler; → BM a.D. Dr. **Hilde Hawlicek**, SPÖ; → Dr. **Barbara Helige**, Vormalige Präs. Richtervereinigung; → NRBg. Dr. **Elisabeth Hlavac**, SPÖ; → Dr. **Lilian Hofmeister**, Expertin für Menschenrechte u. Genderfragen; → Dr. **Judith Hutterer**, Präs. d. Öst. Aids-Komitees; → Hon.-Prof. Dr. **Udo Jesionek**, vorm. Präs. Jugendgerichtshof, Präs. Weisser Ring; → **Gery Keszler**, Life-Ball Organisator; → Abg. z. NR a.D. Dr. **Volker Kier**, Liberales Forum; → Univ.-Prof. Dr. **Christian Köck**; → Dir. Dr. **Franz Kronsteiner**, Vorstandsvorsitzender D.A.S. Österreich; → Univ.-Prof. Dr. **Kurt Lüthi**, em. Prof. f. Dogmatik u. Ethik der evang.-theolog. Fakultät der Univ. Wien; → Univ.-Prof. DDR. **Heinz Mayer**, Dekan Rechtswiss. Fakultät Univ. Wien; → Prof. Dr. **Roland Miklau**, Sektionschef BMJ iR → Dr. **Michael Neider**, Sektionschef BMJ iR → Univ.-Prof. Dr. **Manfred Nowak**, Ludwig-Boltzmann-Inst. f. Menschenrechte, UN-Sonderberichterstatter; → Mag. **Heinz Patzelt**, Generalsekr., Amnesty Int. Österreich; → Univ.-Prof. Mag. Dr. **Rotraud A. Perner**, Sexualwissenschaftlerin; → LAbg. Dr. **Madeleine Petrovic**, Die Grünen; → Univ.-Doz. Dr. Arno Pilgram, Institut für Rechts- u. Kriminalsoziologie, Univ. Wien; → DSA **Monika Pinterits**, Kinder- u. Jugendanwältin d. Stadt Wien; → BM a. D. Mag.a **Barbara Prammer**, Präsident des Nationalrates; → Dr. **Elisabeth Rech**, Vizepräs. Rechtsanwaltskammer Wien; → NRBg. a. D. **Peter Schieder**, vorm. Präs. d. Parlamentar. Versammlung des Europarates; → Dr. **Anton Schmid**, Kinder- u. Jugendanwalt d. Stadt Wien; → LAbg. **Marco Schreuder**, Die Grünen; → **Rainer Ernst Schütz**, Präs. des Clubs unabhängiger Liberaler (CULTUS), Wien; → NRBg. a.D. Mag.^a **Terezija Stoitsits**, Volksanwältin; → Dr. **Peter Tischler**, SenPräs OLG Ibk i.R.; → Univ.-Lekt. Mag. **Johannes Wahala**, Österreichische Gesellschaft f. Sexualforschung; → Univ.-Prof. Dr. **Ewald Wiederin**, Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Universität Salzburg

SPONSOREN



XTRA!

IMPRESSUM

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber, Redaktion: RECHTSKOMITEE LAMBDA • Vereinigung zur Wahrung der Rechte gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen u. Männer, Linke Wienzeile 102, 1060 Wien, Tel/Fax 876 30 61, E-Mail office@RKLambda.at; www.rklambda.at; Herstellungs- u. Verlagsort: Wien Erscheinungsdatum: 18.12.2008; Layout: Michael Hierner, www.hierner.info Titelfoto: Andy Wenzel

Mündliche oder schriftliche Zitate sowie der Nachdruck einzelner Beiträge sind unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplares jederzeit gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Jus Amandi ist die Zeitschrift des Rechtskomitees LAMBDA (RKL). Das 15jährige Bestehen des RKL wurde am 2. Okt. 2006 mit einem historischen Festakt im Nationalratssitzungssaal des Parlaments in Wien gefeiert. Dieser weltweit ersten Ehrung einer homosexuellen Bürgerrechtsorganisation in einem nationalen Parlament wohnten unter den über 500 TeilnehmerInnen auch höchste Repräsentantinnen aus Justiz, Verwaltung und Politik bei. Ausführliche Dokumentation unter www.RKLambda.at. IBM is a registered trademark of International Business Machines Corp.